

Verkehrsblatt

Amtsblatt des Bundesministers für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland
(VkB1)

INHALTSVERZEICHNIS

Amtlicher Teil

Nr.	Dat.	VkB1 1974	Seite	Nr.	Dat.	VkB1 1974	Seite	
Allgemeine Angelegenheiten								
350	12. 9. 1974	Prüfungsordnung für Meisterprüfungen im Ausbildungsberuf Wasserbauwerker	586	363	10. 9. 1974	Schiffahrtspolizeiliche Verordnung zur vorübergehenden Änderung der Vorschriften über die Beschränkung der Schifffahrt bei Hochwasser	601	
351	6. 6. 1974	Außendienstentschädigungen und sonstige Reisekostenabfindungen in der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes	589	364	10. 9. 1974	Schiffahrtspolizeiliche Verordnung für die Moselschifffahrt über Sprechverbindungen	601	
Straßenverkehr								
352	6. 9. 1974	Verordnung TSN Nr. 4/74 zur Änderung der Verordnung TS Nr. 11/58 über einen Tarif für den Güternahverkehr mit Kraftfahrzeugen (GNT)	590	365	4. 9. 1974	Änderung der Dienstanweisung für die Schiffsuntersuchungskommissionen über die Kupplungen der schiebenden Motorgüterschiffe	601	
353	4. 9. 1974	Richtlinie für die Erteilung der Gemeinschaftsgenehmigungen (EWG) 1975	593	366	15. 8. 1974	Ungültigkeitserklärung eines Schifferpatents	602	
354	4. 9. 1974	Bekanntmachung zur Verordnung TSF Nr. 7/74	595	367	19. 8. 1974	Ungültigkeitserklärung eines Schifferpatents	602	
355	4. 9. 1974	Erteilung der CEMT-Genehmigungen für das Jahr 1975	595	368	3. 9. 1974	Verlustranzeige für einen Schifffahrt-abgabenbeleg	602	
356	10. 9. 1974	Bekanntmachung über Sonderabmachungen nach Artikel 5 der Verordnung (EWG) Nr. 1174/68	596	Luftfahrt				
Binnenschifffahrt				369	30. 8. 1974	Sonderlandeplatz Harle	602	
357	2. 9. 1974	Schiffahrtspolizeiliche Verordnung über die Tauchtiefenverringerng in der Mündungsstrecke der Ruhr	599	370	3. 9. 1974	Verkehrslandeplatz Salzgitter-Drütte	602	
358	10. 9. 1974	Schiffahrtspolizeiliche Verordnung zur vorübergehenden Änderung der Untersuchungsordnung für Rheinschiffe und -flöße (Artikel 40, 41 und 43: vom Steuerstand aus bedienbare Antriebsanlagen)	599	Aufgebote (nicht in Ausgabe B)				
359	10. 9. 1974	Schiffahrtspolizeiliche Verordnung über die Verminderung des Ankergewichts bei neuartigen Ankern	599	370a	30. 9. 1974	Aufbietung verlorener Fahrzeugbriefe		
360	10. 9. 1974	Schiffahrtspolizeiliche Verordnung für die Rheinschifffahrt über die Änderung von Bezugnahmen	600	370b	30. 9. 1974	Aufbietung verlorener Führerscheine		
361	10. 9. 1974	Schiffahrtspolizeiliche Verordnung zur vorübergehenden Änderung der Vorschriften über die Sicherung beim Ankern und Festmachen	600	370c	30. 9. 1974	Aufbietung von verlorenen Fahrzeugscheinen und Bescheinigungen über die Zuteilung amtlicher Kennzeichen für zulassungsfreie Fahrzeuge	608a — 608ddddd	
362	10. 9. 1974	Schiffahrtspolizeiliche Verordnung über die zusätzliche Bezeichnung der Fahrzeuge bei der Beförderung bestimmter gefährlicher Güter	600	Nichtamtlicher Teil				
				Zeitschriftenschau				
				Übersicht				603
				Auslese				604
				Rechtsprechung				607

28. Jahrgang 1974

Ausgegeben zu Bonn am 30. September 1974

Heft 18

AMTLICHER TEIL**Allgemeine Angelegenheiten****Nr. 350 Prüfungsordnung für Meisterprüfungen
im Ausbildungsberuf Wasserbauwerker**

Bonn, den 12. September 1974
Z3/04.04.02/87

Die beigelegte Prüfungsordnung für die Durchführung von Fortbildungsprüfungen (Meisterprüfungen) im Ausbildungsberuf Wasserbauwerker übersende ich mit der Bitte, sie allen Dienststellen der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung zuzuteilen und den Prüfungsbewerbern zugänglich zu machen.

Der Prüfungsordnung entgegenstehende Bestimmungen früherer Erlasse werden hiermit aufgehoben.

Der Bundesminister für Verkehr
Im Auftrag
Dr. N a u

Prüfungsordnung**für die Durchführung von Fortbildungsprüfungen (Meisterprüfungen) im Ausbildungsberuf „Wasserbauwerker“**

Aufgrund des Beschlusses des Berufsbildungsausschusses vom 28. Februar 1974 erläßt der Bundesminister für

Verkehr als zuständige Stelle nach § 46 Abs. 1 in Verbindung mit § 41 Satz 2 bis 4 und § 58 Abs. 2 Berufsbildungsgesetz (BBiG) vom 14. August 1969 (BGBl. I Seite 1112), geändert durch das Gesetz vom 12. März 1971 (BGBl. I Seite 185), die folgende Prüfungsordnung für die Durchführung von

Meisterprüfungen im Ausbildungsberuf „Wasserbauwerker“

I. Abschnitt**Prüfungsausschüsse****§ 1****Errichtung**

(1) Für die Abnahme von Fortbildungsprüfungen (Meisterprüfungen) wird bei der Lehrbaustelle für Wasserbauwerker in Koblenz-Lützel (Lehrbaustelle) ein Prüfungsausschuß errichtet.

(2) Die berufliche Fortbildung soll es ermöglichen, die beruflichen Kenntnisse u. Fertigkeiten zu erhalten, zu erweitern, der technischen Entwicklung anzupassen oder beruflich aufzusteigen.

(3) Die Fortbildungsprüfung soll die Kenntnisse, Fertigkeiten und Erfahrungen, die durch die berufliche Fortbildung erworben sind, nachweisen.

§ 2**Zusammensetzung und Berufung**

(1) Der Prüfungsausschuß für Meisterprüfungen besteht aus sieben Mitgliedern. Die Mitglieder müssen für die Prüfungsgebiete sachkundig und für die Mitwirkung im Prüfungswesen geeignet sein.

(2) Dem Prüfungsausschuß gehören als Mitglieder drei Beauftragte des Arbeitgebers und drei Beauftragte der Arbeitnehmer sowie ein Lehrer einer berufsbildenden Schule an.

Für alle Mitglieder des Prüfungsausschusses sind Vertreter zu bestellen.

(3) Die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder werden vom Bundesminister für Verkehr (BMV) für drei Jahre berufen.

(4) Die Arbeitnehmermitglieder werden vom Hauptvorstand der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr vorgeschlagen.

(5) Die Lehrer an berufsbildenden Schulen werden im Einvernehmen mit der Schulaufsichtsbehörde berufen.

(6) Die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Prüfungsausschusses können nach Anhören der an ihrer Berufung Beteiligten aus wichtigem Grund abberufen werden.

(7) Die Tätigkeit im Prüfungsausschuß ist ehrenamtlich. Für bare Auslagen und Zeitversäumnis wird eine angemessene Entschädigung nach näherer Bestimmung des BMV gewährt.

§ 3**Befangenheit**

(1) Bei der Zulassung und Prüfung dürfen Prüfungsausschußmitglieder nicht mitwirken, die mit dem Prüfungsbewerber verheiratet oder verheiratet gewesen oder mit ihm in gerader Linie verwandt oder verschwägert oder durch Annahme an Kindes Statt verbunden oder in der Seitenlinie bis zum dritten Grade verwandt oder bis zum zweiten Grade verschwägert sind, auch wenn die Ehe, durch welche die Schwägerschaft begründet ist, nicht mehr besteht.

(2) Prüfungsausschußmitglieder, die sich befangen fühlen, oder Prüfungsteilnehmer, die die Besorgnis der Befangenheit geltend machen wollen, haben dies dem BMV mitzuteilen, während der Prüfung dem Prüfungsausschuß.

(3) Die Entscheidung über den Ausschluß von der Mitwirkung trifft der BMV, während der Prüfung der Prüfungsausschuß.

§ 4**Vorsitz, Beschlußfähigkeit, Abstimmung**

(1) Der Prüfungsausschuß wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter sollen nicht derselben Mitgliedergruppe angehören.

(2) Der Prüfungsausschuß ist beschlußfähig, wenn zwei Drittel der Mitglieder mitwirken. Er beschließt mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

§ 5**Geschäftsführung**

(1) Die Geschäftsführung, insbesondere die Einladungen, Protokollführung und Durchführung der Beschlüsse des Prüfungsausschusses erfolgen durch die Lehrbaustelle.

(2) Die Sitzungsprotokolle sind vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses und vom Leiter der Lehrbaustelle zu unterzeichnen. § 22 Abs. 5 bleibt unberührt.

§ 6**Verschwiegenheit**

Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben über alle Prüfungsvorgänge gegenüber Dritten Verschwiegenheit zu wahren. Dies gilt nicht gegenüber dem Berufsbildungsausschuß. Ausnahmen bedürfen der Einwilligung des BMV.

II. Abschnitt**Vorbereitung der Prüfung****§ 7****Prüfungstermine**

(1) Die Meisterprüfungen finden nach Bedarf statt. Der BMV bestimmt in der Regel die Prüfungstermine.

(2) Die Lehrbaustelle für Wasserbauwerker gibt diese Termine in der Regel drei Monate vorher bekannt.

§ 8**Zulassung zur Meisterprüfung**

(1) Zur Meisterprüfung ist zuzulassen,

1. wer die Ausbildungszeit zurücklegt, die Abschlußprüfung als Wasserbauwerker bestanden und sich mindestens vier Jahre als Wasserbauwerker fachlich bewährt hat oder

2. wer gem. § 40 BBiG zur Abschlußprüfung zugelassen, die Abschlußprüfung bestanden und sich mindestens vier Jahre als Wasserbauwerker fachlich bewährt hat. In begründeten Fällen kann der BMV im Einvernehmen mit dem Prüfungsausschuß Ausnahmen von der Vierjahresfrist zulassen.

(2) Zulassungsvoraussetzungen, die aufgrund besonderer Rechtsvorschriften nach § 46 BBiG festgelegt werden, bleiben unberührt.

§ 9**Anmeldung zur Prüfung**

(1) Die Anmeldung zur Meisterprüfung hat schriftlich auf dem Dienstwege unter Beachtung der Anmeldefrist zu erfolgen.

(2) Der Anmeldung sind beizufügen:

- Angaben zur Person,
- Angaben über die in § 8 genannten Voraussetzungen,
- Zeugnis über die Abschlußprüfung,
- fachliche Beurteilung durch die Heimatdienststelle.

§ 10**Entscheidung über die Zulassung**

(1) Über die Zulassung zur Meisterprüfung entscheidet der BMV. Hält er die Zulassungsvoraussetzungen für nicht gegeben, so entscheidet der Prüfungsausschuß.

(2) Die Entscheidung über die Zulassung wird dem Prüfungsbewerber rechtzeitig unter Angabe des Prüfungstages durch die Lehrbaustelle mitgeteilt.

(3) Die Zulassung kann vom Prüfungsausschuß bis zum ersten Prüfungstag, wenn sie aufgrund von gefälschten Unterlagen oder falschen Angaben ausgesprochen wird, widerrufen werden.

III. Abschnitt**Durchführung der Prüfungen****§ 11****Prüfungsort**

Die Meisterprüfung wird im Anschluß an einen Meisterlehrgang bei der Lehrbaustelle durchgeführt.

§ 12**Prüfungsgegenstand**

Durch die Meisterprüfung sind nachzuweisen:

- a) Fachpraxis
- b) Fachkenntnisse
- c) Kenntnisse der Verwaltungs-, Rechts- und Sozialkunde
- d) Kenntnisse der Verwaltungsorganisation
- e) Berufs- u. arbeitspädagogische Kenntnisse wie:
 - Grundfragen der Berufsbildung
 - Planung u. Durchführung der Ausbildung
 - Der Jugendliche in der Ausbildung
 - Rechtsgrundlagen für die Berufsbildung.

§ 13**Gliederung der Prüfung**

(1) Die Prüfung gliedert sich in eine Fertigungs- und eine Kenntnisprüfung.

(2) Die Fertigungsprüfung besteht aus Arbeitsproben. Sie erstreckt sich auf die in der Ausbildungsordnung aufgeführten Tätigkeiten und soll je Arbeitsprobe täglich sechs Stunden, insgesamt aber zwölf Stunden nicht überschreiten.

(3) Die Kenntnisprüfung besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Prüfungsteil.

1. Die schriftliche Prüfung, die auf mindestens zwei Tage verteilt sein soll, umfaßt folgende Prüfungsfächer:

- a) Fachkunde
- b) Fachzeichnen
- c) Fachrechnen
- d) Verwaltungs-, Rechts- und Sozialkunde
- e) Berufs- und arbeitspädagogische Kenntnisse.

Die Dauer der einzelnen schriftlichen Prüfungsaufgaben soll zwei Stunden nicht überschreiten.

2. Die mündliche Prüfung soll sich erstrecken auf

- a) Fachkunde
- b) Verwaltungs-, Rechts- und Sozialkunde
- c) Berufs- und arbeitspädagogische Kenntnisse.

Die Prüflinge werden in Gruppen bis höchstens fünf Personen geprüft. Die Prüfungszeit soll je Prüfling im Durchschnitt zwanzig Minuten betragen.

(4) Alle für die Durchführung der Meisterprüfung erforderlichen Baustoffe, Werkzeuge, Schreib- und Zeichenmaterialien werden zur Verfügung gestellt.

§ 14**Prüfungsaufgaben**

Der Prüfungsausschuß beschließt auf der Grundlage der Prüfungsanforderungen die Prüfungsaufgaben, die im Zusammenwirken mit der Lehrbaustelle aufgestellt werden.

§ 15**Prüfung Behinderter**

Soweit Behinderte an der Prüfung teilnehmen, sind deren besondere Bedürfnisse und Belange bei der Durchführung der Prüfung in gebührender Weise zu berücksichtigen.

§ 16**Nichtöffentlichkeit**

Die Prüfung ist nicht öffentlich. Vertreter des BMV sowie die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Berufsbildungsausschusses können anwesend sein. Der Prüfungsausschuß kann im Einvernehmen mit dem BMV andere Personen als Gäste zulassen. Bei der Beratung über das Prüfungsergebnis dürfen nur die Mitglieder des Prüfungsausschusses anwesend sein.

Die Vorschriften des Personalvertretungsgesetzes über das Anwesenheitsrecht des Personalrates bei Prüfungen bleiben unberührt.

§ 17**Leitung und Aufsicht**

(1) Die Prüfung wird unter Leitung des Vorsitzenden vom gesamten Prüfungsausschuß abgenommen.

(2) Bei schriftlichen Prüfungen und bei der Anfertigung von Arbeitsproben regelt die Lehrbaustelle im Einvernehmen mit dem Prüfungsausschuß die Aufsichtsführung, die sicherstellen soll, daß der Prüfungsteilnehmer die Arbeiten selbständig und nur mit den erlaubten Arbeits- und Hilfsmitteln ausführt.

§ 18**Ausweisungspflicht und Belehrung**

Die Prüfungsteilnehmer haben sich auf Verlangen des Vorsitzenden oder des Aufsichtsführenden über ihre Person auszuweisen. Sie sind vor Beginn der Prüfung

über den Prüfungsablauf, die zur Verfügung stehende Zeit, die erlaubten Arbeits- und Hilfsmittel, die Folgen von Täuschungshandlungen und Ordnungsverstößen zu belehren.

§ 19**Täuschungshandlungen und Ordnungsverstöße**

Bei der Prüfung kann der Aufsichtsführende Teilnehmer, die sich einer Täuschungshandlung oder einer erheblichen Störung des Prüfungsablaufs schuldig machen, von der Prüfung vorläufig ausschließen. Über den endgültigen Ausschluß und die Folgen entscheidet der Prüfungsausschuß nach Anhören des Prüfungsteilnehmers. In schwerwiegenden Fällen, insbesondere bei vorbereiteten Täuschungshandlungen, kann die Prüfung für nicht bestanden erklärt werden. Das Gleiche gilt bei innerhalb eines Jahres nachträglich festgestellten Täuschungen.

§ 20**Rücktritt, Nichtteilnahme**

(1) Der Prüfungsbewerber kann nach erfolgter Anmeldung vor Beginn der Prüfung durch schriftliche Erklärung zurücktreten. In diesem Fall gilt die Prüfung als nicht abgelegt.

(2) Tritt der Prüfungsbewerber nach Beginn der Prüfung zurück, so können bereits erbrachte, in sich abgeschlossene Prüfungsleistungen nur anerkannt werden, wenn ein wichtiger Grund für den Rücktritt vorliegt (z. B. im Krankheitsfall durch Vorlage eines ärztlichen Attestes).

(3) Erfolgt der Rücktritt nach Beginn der Prüfung oder nimmt der Prüfungsbewerber an der Prüfung nicht teil, ohne daß ein wichtiger Grund vorliegt, so gilt die Prüfung als nicht bestanden.

(4) Über das Vorliegen eines wichtigen Grundes entscheidet der Prüfungsausschuß.

(5) Hat ein wichtiger Grund für den Rücktritt oder die Nichtteilnahme vorgelegen, so legt der Prüfungsausschuß nach Anhörung des Prüfungsbewerbers einen möglichst frühzeitigen neuen Prüfungstermin fest.

IV. Abschnitt**Bewertung, Feststellung und Beurkundung des Prüfungsergebnisses****§ 21****Bewertung**

(1) Die Prüfungsleistungen gem. der Gliederung der Prüfung nach § 13 sowie die Gesamtleistung sind — unbeschadet der Gewichtung von einzelnen Prüfungsleistungen aufgrund der Ausbildungsordnung oder, soweit diese darüber keine Bestimmungen enthält, aufgrund der Entscheidung des Prüfungsausschusses — wie folgt zu bewerten:

Eine den Anforderungen in besonderem Maße entsprechende Leistung

= 100—92 Punkte = Note 1 = sehr gut

eine den Anforderungen voll entsprechende Leistung

= unter 92—81 Punkte = Note 2 = gut

eine den Anforderungen im allgemeinen entsprechende Leistung

= unter 81—67 Punkte = Note 3 = befriedigend

eine Leistung, die zwar Mängel aufweist, aber im ganzen den Anforderungen noch entspricht

= unter 67—50 Punkte = Note 4 = ausreichend

eine Leistung, die den Anforderungen nicht entspricht, jedoch erkennen läßt, daß die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind

= unter 50—30 Punkte = Note 5 = mangelhaft

eine Leistung, die den Anforderungen nicht entspricht, und bei der selbst die Grundkenntnisse lückenhaft sind

= unter 30—0 Punkte = Note 6 = ungenügend.

(2) Soweit eine Bewertung der Leistungen nach dem Punktsystem nicht sachgerecht ist, ist die Bewertung nur nach Noten vorzunehmen.

Dabei sind folgende Noten anzuwenden:

sehr gut	= 1,0 — 1,49
gut	= 1,50 — 2,49
befriedigend	= 2,50 — 3,49
ausreichend	= 3,50 — 4,49
mangelhaft	= 4,50 — 5,49
ungenügend	= 5,50 — 6,00

(3) Jede Prüfungsleistung ist von den Mitgliedern des Prüfungsausschusses getrennt und selbständig zu beurteilen und zu bewerten.

§ 22

Feststellung des Prüfungsergebnisses bei der Meisterprüfung

(1) Der Prüfungsausschuß stellt die Ergebnisse der einzelnen Prüfungsleistungen sowie die der Fertigungs- und Kenntnisprüfung fest.

(2) Die Bewertung der Fertigungsprüfung richtet sich nach den Ergebnissen der verschiedenen Arbeitsproben, deren Gewichtung vom Prüfungsausschuß festgelegt wird.

Die Bewertung der Kenntnisprüfung erfolgt nach den Ergebnissen der schriftlichen und mündlichen Prüfung.

Zur Ermittlung der Gesamtnote der Kenntnisprüfung werden die Einzelnoten der schriftlichen Prüfungsarbeiten mit der Note der mündlichen Prüfung addiert und daraus das Mittel gebildet.

(3) Die Prüfung ist insgesamt bestanden, wenn in der Fertigungsprüfung und in der Kenntnisprüfung mindestens ausreichende Leistungen (§ 21) erbracht sind.

Die Prüfung gilt auch dann als nicht bestanden, wenn in mehr als in einem Prüfungsfach eine mangelhafte Bewertung erfolgt.

(4) Unbeschadet des § 25 Abs. 2 Satz 1 kann der Prüfungsausschuß bestimmen, daß in bestimmten Prüfungsfächern oder Prüfungsgebieten (§ 13) eine Wiederholungsprüfung nicht erforderlich ist. Ebenso kann der Prüfungsausschuß den Prüfungsteilnehmer von einem nochmaligen Anfertigen der Arbeitsproben befreien, wenn bereits mindestens ausreichende Leistungen bei den Arbeitsproben erbracht wurden.

(5) Über den Verlauf der Prüfung einschl. Feststellung der einzelnen Prüfungsergebnisse ist eine Niederschrift zu fertigen. Sie ist von den Mitgliedern des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen.

(6) Der Prüfungsausschuß teilt dem Prüfungsteilnehmer am letzten Prüfungstag mit, ob er die Prüfung „bestanden“ oder „nicht bestanden“ hat. Hierüber ist dem Prüfungsteilnehmer unverzüglich eine vom Vorsitzenden zu unterzeichnende Bescheinigung auszuhändigen. Dabei ist als Termin des Bestehens bzw. des Nichtbestehens der Tag der letzten Prüfungsleistung einzusetzen.

§ 23

Prüfungszeugnisse

Über die bestandene Meisterprüfung erhält der Prüfungsteilnehmer ein Zeugnis. Außerdem ist ihm der Meisterbrief auszuhändigen.

§ 24

Nicht bestandene Meisterprüfung

(1) Bei nicht bestandener Prüfung erhält der Prüfungsteilnehmer einen schriftlichen Bescheid. Darin ist anzugeben, in welchen Prüfungsfächern keine ausreichenden Leistungen erbracht worden sind und welche Prüfungsleistungen in einer Wiederholungsprüfung nicht mehr wiederholt zu werden brauchen (§ 22 Abs. 4).

(2) Auf die besonderen Bedingungen der Wiederholungsprüfung gem. § 25 ist der Prüfling hinzuweisen.

V. Abschnitt

Wiederholungsprüfungen

§ 25

Wiederholungsprüfung

(1) Eine nicht bestandene Meisterprüfung kann zweimal wiederholt werden.

(2) Hat der Prüfungsteilnehmer bei nicht bestandener Prüfung in der Fertigungs- oder in der Kenntnisprüfung mindestens ausreichende Leistungen erbracht, so ist dieser Teil auf Antrag des Prüfungsteilnehmers nicht zu wiederholen, sofern dieser sich innerhalb von zwei Jahren — gerechnet vom Tage der Beendigung der nicht bestandenen Prüfung an — zur Wiederholungsprüfung anmeldet. Das Gleiche gilt, wenn nach Bestimmungen des Prüfungsausschusses gem. § 22 Abs. 4 in bestimmten Prüfungsfächern oder Prüfungsgebieten eine Wiederholung nicht erforderlich ist.

(3) Der Prüfungsausschuß legt fest, zu welchem Zeitpunkt die Prüfung frühestens wiederholt werden kann.

(4) Die Vorschriften über die Anmeldung und Zulassung (§§ 8—10) gelten sinngemäß.

VI. Abschnitt

Schlußbestimmungen

§ 26

Rechtsmittel

Maßnahmen und Entscheidungen des Prüfungsausschusses sowie des BMV sind bei ihrer schriftlichen Bekanntgabe an den Prüfungsbewerber bzw. -teilnehmer mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen.

Diese richtet sich im einzelnen nach der Verwaltungsgerichtsordnung und den Ausführungsbestimmungen des Bundes.

§ 27

Prüfungsunterlagen

Auf Antrag ist dem Prüfungsteilnehmer Einsicht in seine Prüfungsunterlagen zu gewähren. Die schriftlichen Prüfungsarbeiten sind zwei Jahre, die Anmeldungen und Niederschriften gem. § 22 Abs. 5 sind zehn Jahre aufzubewahren.

§ 28

Inkrafttreten

Diese Meisterprüfungsordnung tritt am 1. April 1974 in Kraft.

(VkB1 1974 S. 586)

Nr. 351 Außendienstentschädigungen und sonstige Reisekostenabfindungen in der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes

Bonn, den 6. Juni 1974
Z4/04.71.12—01

Hierdurch ändere ich mit Wirkung vom 1. 11. 1973 den Runderlaß vom 4. 3. 1966 — Z 4 — 38 — VA 66 — (VkB1 S. 186) in der Fassung der Runderlasse vom 18. 2. 1969 — Z 4 — 17 Ref 69 — (VkB1 S. 98) wie folgt:

I. Abschnitt 1.2. (1) Nr. 3 erhält folgende Fassung:

„3. der von den Besatzungsmitgliedern zu leistende Dienst auf Schiffen und schwimmenden Geräten im Bereich der Wasser- und Schifffahrtsdirektionen (WSD) und des DHL.“

II. Abschnitt 1.2. (3) wird gestrichen.

III. Die Überschrift des Abschnitts 2.2. erhält folgende Fassung:

„Von Besatzungsmitgliedern zu leistender Dienst (Abschnitt 1.2. (1) Nr. 3)“

IV. In Abschnitt 2.2. Nr. 3 Abs. 2 werden die Worte „sowie auf Leuchttürmen in See“ gestrichen.

V. In Abschnitt 2.2. Nr. 7 Abs. 2 werden hinter dem Wort „Feuerschiffen“ das Komma und die Worte „auf ständig besetzten Leuchttürmen in See“ gestrichen.

VI. Abschnitt 3 Nr. 3 Buchst. a erhält folgende Fassung:

„a) Bei Gestellung unentgeltlicher Unterkunft und Teilnahme an einer kostenlos an Bord gewährten Verpflegung erhalten Bedienstete der

WSV (ohne DHI) für die ersten 14 Tage der Einschiffung täglich 11,50 DM, für die weiteren Tage täglich 4,05 DM.

Für die An- und Abreisetage ist, auch wenn an diesen die Ein- bzw. Ausschiffung stattfindet, Tage- und Übernachtungsgeld nach §§ 9 und 10 BRKG zu gewähren; diese Beträge sind für an Bord unentgeltlich gewährte Verpflegung und Unterkunft nach § 12 BRKG zu kürzen.

Für das DHI gilt weiterhin mein Erlaß vom 3. Nov. 1965 — Z 3 — PKri 9/55 W/65 — in der sich aus dem Erlaß vom 6. März 1974 — Z 3/04.71.12/4 Vm/74 — ergebenden Fassung."

Der Bundesminister für Verkehr

Im Auftrag
Dr. N a u

(VkB1 1974 S. 589)

Straßenverkehr

Nr. 352 Verordnung TSN Nr. 4/74 zur Änderung der Verordnung TS Nr. 11/58 über einen Tarif für den Güternahverkehr mit Kraftfahrzeugen (GNT)

Bonn, den 6. September 1974
StV 3/28.18.61—5

Nachstehend wird der Wortlaut der Verordnung TSN Nr. 4/74 vom 2. September 1974 bekanntgegeben. Die Verordnung tritt am 1. Oktober 1974 in Kraft.

Die Verordnung TSN Nr. 1/74 zur Änderung der Verordnung TS Nr. 11/58 über einen Tarif für den Güternahverkehr mit Kraftfahrzeugen (GNT) vom 8. Januar 1974 (VkB1 1974 S. 70), geändert durch die Verordnung TSN Nr. 2/74 vom 16. Mai 1974 (VkB1 1974 S. 319), tritt am 30. September 1974 außer Kraft. Damit werden § 2 Abs. 2 und § 17 Abs. 2 GNT — Berechnung eines Zuschlags von 5% (sogenannter Dieselszuschlag) — aufgehoben.

Die Verordnung TSN Nr. 4/74 wird im Bundesanzeiger Nr. 166 vom 6. September 1974 verkündet.

Der Bundesminister für Verkehr

Im Auftrag
Dr. H e l d m a n n

Verordnung TSN Nr. 4/74 zur Änderung der Verordnung TS Nr. 11/58 über einen Tarif für den Güternahverkehr mit Kraftfahrzeugen (GNT)

Vom 2. September 1974

Auf Grund des § 84 f Abs. 5 des Güterkraftverkehrsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Dezember 1969 (Bundesgesetzbl. 1970 I S. 1), zuletzt geändert durch Artikel 268 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch vom 2. März 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 469), wird verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung TS Nr. 11/58 über einen Tarif für den Güternahverkehr mit Kraftfahrzeugen (GNT) vom 29. Dezember 1958 (Bundesanzeiger Nr. 1 vom 3. Januar 1959), zuletzt geändert durch die Verordnung TSN Nr. 3/74 vom 5. Juli 1974 (Bundesanzeiger Nr. 125 vom 11. Juli 1974), wird wie folgt geändert:

An die Stelle der Anlagen 1 (Tafel I), 2 (Tafel II), 3 (Tafel III), 5 (Tafel IV) und 6 (Tafel V) treten die Anlagen 1 (Tafel I), 2 (Tafel II), 3 (Tafel III), 5 (Tafel IV) und 6 (Tafel V) zu dieser Verordnung.

Artikel 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 105 des Güterkraftverkehrsgesetzes auch im Land Berlin.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am 1. Oktober 1974 in Kraft.
Bonn, den 2. September 1974

Der Bundesminister für Verkehr

In Vertretung
Heinz R u h n a u

Anlage 1

Tafel I
Tages- und km-Sätze
(§ 5)

Nutzlast in t bis einschl.	Tagessatz DM	1/8 Tagessatz DM	km-Satz Pf
5	182,40	22,80	69
6	190,—	23,75	73
7	198,40	24,80	77
8	206,80	25,85	80
9	216,40	27,05	83
10	226,—	28,25	86
11	236,—	29,50	92
12	244,80	30,60	95
13	254,80	31,85	98
14	264,80	33,10	102
15	274,40	34,30	106
16	288,40	36,05	109
17	304,—	38,—	112
18	320,40	40,05	115
19	336,80	42,10	118
20	354,—	44,25	121
21	362,80	45,35	123
22	372,—	46,50	125
23	381,60	47,70	127
24	389,60	48,70	130
25	398,80	49,85	132
je weitere angefangene t	8,16	1,02	2

Anlage 2

Tafel II
Stundensätze
(§ 6)

Nutzlast in t bis einschl.	Stundensatz DM
5	29,70
6	31,05
7	32,50
8	33,85
9	35,35
10	36,85
11	38,70
12	40,10
13	41,65
14	43,30
15	44,90
16	46,95
17	49,20
18	51,55
19	53,90
20	56,35
21	57,65
22	59,—
23	60,40
24	61,70
25	63,05
je weitere angefangene t	1,22

Anlage 3

Tafel III
Leistungssätze
(§ 7)

Entfernung in km bis einschl.		Gewicht der Ladung in t bis einschließlich																			
		4,5	5	5,5	6	6,5	7	7,5	8	8,5	9	9,5	10	10,5	11	11,5	12	12,5	13	13,5	14
0,25	7,70	8,50	9,25	10,05	10,85	11,50	12,20	13,10	13,85	14,65	15,50	16,15	16,85	17,35	18,05	18,65	19,10	19,80	20,45	20,95	21,60
0,50	9,40	10,30	11,25	12,05	13,10	14,20	15,20	16,05	17,00	18,00	18,85	19,80	20,50	21,35	22,05	22,75	23,55	24,10	24,90	25,70	26,35
0,75	11,10	12,10	13,45	14,50	15,50	16,80	17,85	19,00	20,00	21,25	22,35	23,40	24,10	25,00	26,10	26,95	27,75	28,60	29,50	30,35	31,05
1	13,00	14,10	15,50	16,70	18,00	19,20	20,70	21,90	23,30	24,20	25,80	27,10	27,90	29,10	30,20	31,10	32,10	33,00	34,00	35,00	36,00
2	15,00	16,40	17,90	19,20	21,00	22,40	23,90	25,40	26,90	28,40	29,60	31,10	32,20	33,60	34,40	35,70	37,00	37,90	39,10	40,00	41,00
3	17,50	18,90	20,60	22,30	23,90	25,50	27,10	28,70	30,60	32,00	33,70	35,30	36,20	37,50	38,80	39,80	41,10	42,00	43,30	44,40	45,60
4	19,80	21,30	23,20	25,20	26,90	28,60	30,50	32,10	33,90	35,70	37,60	39,30	40,80	41,90	43,30	44,70	46,00	47,30	48,30	49,50	50,60
5	21,90	23,80	25,60	27,60	29,50	31,70	33,60	35,50	37,50	39,30	41,40	43,30	44,80	46,20	47,60	48,90	50,30	51,50	52,90	54,30	55,50
6	24,00	26,00	27,90	30,30	32,10	34,10	36,50	38,70	40,80	42,70	44,60	46,80	48,00	49,70	51,20	52,70	54,20	55,60	57,10	58,20	59,70
7	25,80	27,70	30,50	32,40	34,70	37,10	39,20	41,30	42,80	45,70	47,60	49,80	51,40	53,00	54,50	56,20	57,30	59,10	60,60	61,90	63,50
8	27,70	30,20	32,40	34,70	37,10	39,20	41,50	44,00	46,30	48,40	50,80	53,00	54,90	56,60	58,10	59,80	61,50	63,30	64,80	66,10	67,50
9	30,20	32,00	34,60	37,10	39,50	41,90	44,40	46,80	49,40	51,50	54,00	56,40	58,20	59,80	61,60	63,30	64,90	66,70	68,10	69,90	71,40
10	31,90	34,00	37,00	39,50	41,90	44,60	47,20	49,50	52,00	54,50	56,90	59,50	61,30	63,20	64,90	66,80	68,60	70,40	72,00	73,60	75,30
12	35,30	37,80	40,70	43,60	46,30	49,10	51,60	54,60	56,90	59,90	62,60	65,00	67,10	69,10	71,10	73,20	75,10	77,00	78,60	80,70	82,60
14	38,70	41,50	44,50	47,40	50,60	53,40	56,30	59,30	62,20	65,00	68,10	70,80	73,00	75,10	77,20	79,50	81,30	83,60	85,50	87,40	89,40
16	42,20	45,40	48,30	51,30	54,60	57,60	60,80	64,00	67,00	70,10	73,20	76,50	78,60	81,00	83,50	85,60	87,80	90,00	92,20	94,20	96,50
18	45,40	49,20	52,50	56,00	59,20	62,50	65,80	68,70	72,20	75,40	78,80	82,20	84,60	86,90	89,30	91,60	94,10	96,50	98,70	100,90	103,20
20	48,70	52,60	56,20	59,80	63,20	66,80	70,40	73,80	77,30	80,70	84,30	87,80	90,30	92,80	95,40	97,60	100,30	102,90	105,40	107,70	110,10
23	53,50	57,70	61,50	65,70	69,40	73,00	76,60	80,50	84,30	88,30	91,90	95,70	98,60	101,10	103,80	106,70	109,30	112,00	114,60	117,20	120,10
26	58,30	62,90	66,80	71,00	75,00	79,00	83,20	87,20	91,60	95,60	99,70	103,60	106,60	109,80	112,60	115,40	118,60	121,30	124,10	126,90	129,80
29	63,10	68,00	72,50	76,60	81,10	85,60	90,10	94,40	98,70	102,90	107,20	111,60	114,60	117,90	121,20	124,30	127,30	130,50	133,20	136,40	139,50
32	68,00	73,00	77,70	82,40	87,00	91,90	96,50	100,90	105,80	110,10	114,70	119,50	122,70	126,20	129,50	132,90	136,30	139,80	143,00	146,20	149,20
35	72,70	78,00	83,00	88,10	92,90	98,00	102,60	107,60	112,50	117,50	122,50	127,50	130,80	134,50	137,90	141,50	144,90	148,50	151,90	155,60	158,80
38	77,60	82,90	88,30	93,40	98,60	103,70	109,20	114,30	119,40	124,90	130,00	135,50	139,20	142,80	146,30	150,30	154,10	157,90	161,40	164,90	168,60
41	82,20	88,00	93,50	99,00	104,40	110,00	115,60	121,20	126,90	132,20	137,80	143,30	147,40	151,30	155,30	159,30	162,80	166,80	170,50	174,30	177,90
44	87,00	93,10	98,80	104,50	110,60	116,20	122,20	128,00	133,80	139,60	145,30	151,10	155,50	159,40	163,70	168,00	171,90	175,90	179,90	183,90	187,70
47	91,80	98,00	104,00	110,20	116,30	122,40	128,60	134,70	140,80	146,70	152,90	158,90	163,30	167,60	172,00	176,60	180,80	185,30	189,20	193,30	197,40
50	96,50	102,80	109,20	115,50	122,10	128,50	134,80	141,10	147,50	153,70	160,40	166,80	171,40	175,60	180,30	185,00	189,40	194,00	198,50	202,60	207,00
55	104,80	111,50	118,70	125,30	131,80	138,80	145,70	152,70	159,40	166,30	173,10	179,70	184,70	189,30	194,30	199,20	204,20	208,70	213,70	218,20	222,90
60	112,70	120,40	127,40	134,90	141,80	149,20	156,50	163,60	170,80	178,00	185,40	192,70	197,70	202,90	208,10	213,30	218,90	224,00	228,90	233,80	238,70
65	121,10	128,90	136,60	144,50	151,60	159,50	167,20	174,70	182,60	190,40	197,70	205,50	211,00	216,60	221,90	227,60	233,20	238,80	243,90	249,30	254,60
70	129,30	137,70	145,90	154,00	161,90	169,90	177,90	185,80	194,10	202,00	210,20	218,20	224,10	230,20	235,80	241,70	247,70	253,40	259,00	264,90	270,30
75	137,40	146,10	154,50	163,10	171,60	180,10	188,70	197,10	205,50	214,10	222,60	231,00	239,50	247,90	256,90	263,40	270,10	276,70	283,40	289,40	295,60
80	145,30	154,50	163,60	172,30	181,60	190,50	199,60	208,10	216,70	226,00	234,80	243,70	250,50	256,90	263,40	270,10	276,70	283,40	289,40	295,60	301,60
85	153,60	163,60	172,20	181,70	191,00	200,10	209,70	219,10	228,30	237,70	247,10	256,70	263,60	270,30	277,10	284,10	291,00	298,00	304,60	311,10	317,40
90	161,60	171,60	181,50	191,20	200,90	210,90	220,50	230,40	240,10	249,80	259,80	269,30	276,50	283,80	290,80	298,40	305,70	312,90	319,70	326,60	333,40
95	169,80	180,10	190,30	200,70	210,80	221,00	231,00	241,40	251,50	261,80	271,90	282,30	289,60	297,20	305,00	312,50	320,10	327,50	334,80	342,10	349,20
100	177,80	188,70	199,30	209,70	220,60	231,10	241,70	252,40	263,00	273,70	284,30	294,90	303,00	310,90	318,60	326,60	334,50	342,40	350,10	357,60	365,00
105	187,10	198,60	209,60	220,80	231,70	242,80	254,10	265,30	276,50	287,50	298,90	309,90	318,00	326,60	335,00	343,20	351,60	359,90	367,80	375,90	384,00
110	195,30	207,30	219,00	230,40	242,00	253,40	265,40	276,80	288,80	300,40	312,00	323,80	332,30	341,20	349,60	358,20	366,90	375,50	383,30	392,30	400,50
115	203,70	216,20	228,30	240,10	252,30	264,40	276,50	288,60	300,70	312,90	325,20	337,40	346,40	355,20	364,20	373,00	382,20	391,20	399,70	408,50	417,00
120	212,40	225,10	237,70	250,10	262,50	275,10	287,90	300,50	312,90	325,50	338,30	351,10	360,40	369,40	379,00	388,30	397,70	407,10	416,10	425,20	434,10
je weitere angefangene 5 km		8,70	8,90	9,40	10,00	10,20	10,70	11,40	11,90	12,20	12,60	13,10	13,70	14,00	14,20	14,80	15,30	15,50	16,40	16,70	17,10

Entfernung in km bis einschl.		Gewicht der Ladung in t bis einschließlich																								
		15	15,5	16	16,5	17	17,5	18	18,5	19	19,5	20	20,5	21	21,5	22	22,5	23	23,5	24	24,5	25				
0,25	22,10	22,60	23,55	24,—	24,80	25,35	26,15	26,95	27,55	28,35	28,85	29,60	30,20	31,—	31,70	32,45	33,10	33,90	34,50	35,25	35,90					
0,50	26,95	27,75	28,60	29,50	30,15	31,05	31,90	32,75	33,60	34,40	35,25	36,05	36,95	37,90	38,70	39,65	40,60	41,45	42,20	43,10	43,95					
0,75	31,85	32,75	33,80	34,80	35,70	36,75	37,75	38,75	39,70	40,70	41,70	42,70	43,70	44,80	45,70	46,85	47,85	49,05	49,95	51,—	51,95					
1	36,80	37,90	39,20	40,20	41,20	42,40	43,60	44,70	46,—	47,20	48,20	49,30	50,50	51,60	52,90	54,10	55,40	56,60	57,60	58,90	60,—					
2	41,80	43,20	44,40	45,80	47,20	48,30	49,70	51,—	51,80	53,—	54,30	55,50	57,10	58,20	59,80	60,80	62,—	63,30	64,30	65,50	66,90					
3	47,—	48,20	49,70	51,10	52,20	53,70	55,—	56,30	57,40	58,80	60,—	61,50	62,70	64,10	65,30	66,90	68,10	69,60	71,—	72,10	73,40					
4	51,60	53,10	54,70	56,30	57,40	59,10	60,60	61,90	63,50	64,90	66,10	67,50	69,10	70,80	71,90	73,30	74,80	76,10	77,60	78,80	80,10					
5	56,90	58,40	60,—	61,70	63,30	64,80	66,10	67,50	69,—	70,40	71,90	73,40	74,90	76,50	77,90	79,70	81,20	82,80	84,10	85,50	87,—					
6	60,80	62,40	64,10	65,70	67,40	69,—	70,60	72,10	73,80	75,30	76,90	78,50	80,20	81,50	83,20	84,80	86,30	87,90	89,50	91,20	92,40					
7	65,—	66,80	68,50	70,30	71,90	73,50	75,20	76,90	78,40	80,10	81,50	83,30	85,—	86,80	88,50	90,10	91,80	93,50	95,10	96,60	98,20					
8	69,—	70,80	72,80	74,50	76,10	77,90	79,80	81,40	83,30	84,90	86,50	88,30	90,—	91,70	93,40	95,10	96,80	98,40	100,30	101,90	103,60					
9	73,10	75,—	77,—	78,60	80,70	82,60	84,10	86,—	87,80	89,50	91,20	93,30	95,10	96,80	98,60	100,40	101,90	103,70	105,40	107,20	109,—					
10	77,—	78,90	81,—	82,90	84,80	86,70	88,90	90,70	92,50	94,20	96,30	97,70	99,80	101,60	103,50	105,50	107,40	109,20	110,90	112,60	114,20					
12	84,10	86,30	88,40	90,60	92,60	94,70	97,—	98,80	100,70	102,80	104,70	106,80	108,70	110,80	112,70	114,50	116,60	118,20	120,60	122,30	124,20					
14	91,20	93,60	95,90	98,20	100,40	102,80	104,80	106,90	109,10	111,10	113,50	115,50	117,50	119,40	121,50	123,80	125,80	127,70	129,80	132,—	134,—					
16	98,60	100,90	103,40	105,80	108,40	110,60	112,80	115,10	117,30	119,80	122,10	124,20	126,50	128,80	130,70	133,—	135,10	137,30	139,50	141,40	143,60					
18	105,50	108,20	110,70	113,50	115,60	118,20	120,50	123,10	125,50	128,—	130,40	132,90	135,10	137,40	140,—	142,20	144,20	146,70	148,90	151,—	153,20					
20	112,40	115,30	118,—	120,50	123,40	125,80	128,50	131,—	133,70	136,30	138,90	141,30	143,50	146,30	148,40	150,90	153,50	155,60	158,—	160,60	162,90					
23	122,40	125,40	128,30	131,20	134,10	136,70	139,80	142,60	145,—	148,—	150,80	153,10	156,—	158,50	161,—	163,40	166,30	168,60	171,40	173,60	176,60					
26	132,40	135,40	138,40	141,60	144,70	147,90	151,—	153,80	156,70	159,60	162,80	165,50	168,10	170,80	173,40	176,40	179,20	181,70	184,70	187,10	189,90					
29	142,40	145,70	148,70	151,90	155,30	158,50	161,70	165,—	168,30	171,60	174,50	177,40	180,30	183,—	186,20	189,—	192,—	194,90	197,60	200,50	203,20					
32	152,20	155,80	158,90	162,60	166,—	169,40	172,50	176,—	179,60	182,70	186,40	189,40	192,50	195,60	198,70	202,—	204,80	208,—	210,90	213,70	216,70					
35	162,10	166,—	169,50	173,20	176,80	180,30	184,—	187,50	191,—	194,60	198,30	201,70	204,80	208,10	211,40	214,40	217,80	220,90	223,80	227,—	230,30					
38	172,10	175,90	179,90	183,90	187,50	191,30	195,10	198,70	202,40	206,20	209,90	213,50	216,70	220,10	223,80	226,90	230,40	233,80	237,—	240,30	243,60					
41	181,90	185,70	189,90	194,—	198,10	202,10	206,10	209,90	213,90	217,90	221,80	225,30	229,—	232,40	236,20	239,70	243,30	246,70	250,10	253,40	257,—					
44	191,80	195,80	200,10	204,50	208,50	212,90	217,—	221,30	225,30	229,30	233,40	237,30	241,20	244,70	248,50	252,30	256,—	259,70	263,20	266,90	270,40					
47	201,40	205,60	210,—	214,70	219,—	223,30	227,70	232,—	236,40	241,10	245,—	249,10	253,—	257,—	260,70	264,90	268,60	272,50	276,10	280,—	283,80					
50	211,20	215,80	220,40	225,10	229,40	234,10	238,70	243,20	247,80	252,20	257,—	260,90	265,20	269,—	273,20	277,20	281,30	285,20	289,10	293,—	297,—					
55	227,40	232,40	237,30	242,10	247,30	251,80	257,—	261,70	266,80	271,60	276,50	280,70	285,—	289,20	293,60	297,60	302,20	306,30	310,60	314,90	319,30					
60	243,50	249,—	254,50	259,50	264,90	269,90	275,10	280,40	285,50	290,90	296,10	300,80	305,—	309,80	314,50	319,10	323,30	327,80	332,40	336,80	341,30					
65	259,70	265,30	271,20	276,60	281,90	287,80	293,10	298,90	304,30	309,80	315,20	320,10	324,80	329,60	334,60	339,50	344,20	348,70	353,80	358,70	363,60					
70	275,60	281,70	287,80	293,70	299,40	305,40	311,20	317,—	323,—	328,70	334,60	340,—	345,—	350,20	355,40	360,50	365,60	370,60	375,60	380,50	385,60					
75	291,50	298,20	304,60	311,—	316,90	323,20	329,30	335,50	341,60	348,—	354,20	359,50	365,—	370,40	375,60	381,10	386,20	391,60	397,—	402,20	407,90					
80	307,90	314,60	321,30	327,70	334,20	340,70	347,50	353,60	360,30	366,80	373,50	379,10	384,70	390,50	396,10	401,60	407,50	413,30	418,70	424,20	429,80					
85	324,—	330,90	338,20	344,90	351,70	358,60	365,60	372,30	379,30	385,90	392,70	398,60	404,90	410,80	416,60	422,60	428,30	434,10	440,10	445,70	452,—					
90	340,30	347,70	354,80	361,90	369,20	376,40	383,40	390,70	397,80	405,10	411,90	418,40	424,30	430,60	437,—	442,90	449,30	455,50	461,60	467,80	473,80					
95	356,40	364,—	371,60	379,30	386,60	394,10	401,60	409,10	416,50	424,—	431,70	437,80	444,60	450,90	457,40	463,60	470,40	476,50	483,10	489,40	495,80					
100	372,40	380,40	388,40	396,20	403,80	411,70	419,60	427,40	435,30	442,90	450,90	457,70	464,20	470,90	477,90	484,30	491,—	497,50	504,20	511,30	518,—					
105	391,80	399,90	408,—	416,10	424,10	432,30	440,30	448,70	456,60	464,70	472,80	479,50	486,40	493,40	500,20	507,—	514,—	520,90	527,80	534,60	541,60					
110	408,90	417,10	425,70	434,10	442,50	451,—	459,40	467,90	476,40	484,80	493,10	500,30	507,40	514,50	521,80	528,90	536,20	543,40	550,60	557,60	564,80					
115	425,70	434,60	443,60	452,40	461,10	469,70	478,40	487,40	496,20	505,—	513,80	521,50	528,70	536,—	543,40	550,90	558,40	566,—	573,40	580,70	588,10					
120	443,—	452,40	461,40	470,60	479,60	488,70	498,—	507,10	516,—	525,10	534,20	542,—	549,60	557,40	564,90	572,60	580,40	588,20	595,90	603,70	611,60					
je weitere angefangene 5 km																						22,—	22,20	22,50	23,—	23,50
17,30	17,80	17,80	18,20	18,50	19,—	19,60	19,70	19,80	20,10	20,40	20,50	20,90	21,40	21,50	21,70	22,—	22,20	22,50	23,—	23,50						

Anlage 5

Tafel IV
Frachtsätze für Güter nach § 16 Abs. 1 (Getreide)
in DM je 100 kg
(§ 17)

Entfernung in km bis einschl.	Gewichtsklasse				
	2,5 t	5 t	10 t	15 t	20 t
8	0,83	0,58	0,52	0,47	0,44
10	0,95	0,66	0,56	0,51	0,49
12	1,04	0,75	0,62	0,54	0,51
14	1,11	0,79	0,68	0,58	0,54
16	1,19	0,83	0,73	0,63	0,58
18	1,29	0,90	0,79	0,66	0,62
20	1,36	0,96	0,81	0,68	0,64
23	1,50	1,06	0,88	0,76	0,68
26	1,67	1,15	0,96	0,81	0,76
29	1,81	1,23	1,02	0,85	0,80
32	1,97	1,34	1,11	0,93	0,84
35	2,09	1,41	1,16	0,98	0,92
38	2,25	1,52	1,23	1,06	0,96
41	2,37	1,59	1,32	1,11	1,00
44	2,53	1,72	1,39	1,16	1,07
47	2,66	1,77	1,46	1,22	1,12
50	2,82	1,88	1,53	1,27	1,16
55	3,06	2,03	1,64	1,39	1,26
60	3,30	2,18	1,75	1,48	1,37
65	3,55	2,36	1,88	1,58	1,44
70	3,79	2,53	2,02	1,70	1,53
75	4,04	2,67	2,11	1,77	1,62
80	4,27	2,83	2,24	1,87	1,73
85	4,52	2,96	2,37	2,00	1,79
90	4,76	3,14	2,44	2,06	1,87
95	4,99	3,29	2,58	2,17	2,00
100	5,25	3,45	2,69	2,28	2,05
105	5,60	3,62	2,84	2,39	2,17
110	5,83	3,79	2,96	2,50	2,26
115	6,09	3,94	3,08	2,59	2,36
120	6,35	4,13	3,21	2,70	2,42
je weitere angefangene 5 km	0,26	0,19	0,13	0,11	0,06

Anlage 6

Tafel V
Frachtsätze für schüttbare Güter
in DM je Tonne
(§ 7 a)

Entfernung in km bis einschl.	Abteilung A (Solosätze)	Abteilung B (Zugsätze)
0,10	0,90	0,90
0,20	1,02	1,02
0,30	1,13	1,13
0,40	1,25	1,25
0,50	1,36	1,36
0,75	1,63	1,63
1	1,88	1,88
1,5	2,22	2,04
2	2,53	2,20
2,5	2,75	2,36
3	2,95	2,52
3,5	3,16	2,68
4	3,36	2,82
4,5	3,53	2,98
5	3,70	3,15
6	3,98	3,41
7	4,26	3,66
8	4,57	3,91
9	4,85	4,17
10	5,14	4,42

Entfernung in km bis einschl.	Abteilung A (Solosätze)	Abteilung B (Zugsätze)
11	5,43	4,67
12	5,72	4,92
13	6,01	5,16
14	6,29	5,39
15	6,58	5,60
16	6,87	5,81
17	7,17	6,02
18	7,46	6,23
19	7,74	6,44
20	8,04	6,65
21	8,32	6,85
22	8,61	7,04
23	8,89	7,23
24	9,19	7,40
25	9,48	7,58

(VkBl 1974 S. 590)

Nr. 353 Richtlinie für die Erteilung der Gemein-
schaftsgenehmigungen (EWG) 1975

Bonn, den 4. September 1974
StV 3/26.20.02—4

Hiermit gebe ich die für das Jahr 1975 geltende Richtlinie für die Erteilung der Gemeinschaftsgenehmigungen (EWG) bekannt.

Die Richtlinie enthält, abgesehen von dem geänderten Bewertungszeitraum, der wieder für die Zeit vom 1. Januar bis 30. September des Vorjahres festgesetzt worden ist, und der damit verbundenen Anpassung der Mindestbeförderungszahl unter Nummer 5.1, keine materiellen Änderungen gegenüber der Richtlinie für das Jahr 1974.

Die Richtlinie gilt vorbehaltlich der noch ausstehenden Entscheidung des Ministerrates der Europäischen Gemeinschaften über das zukünftige Gemeinschaftskontingent.

Diese Bekanntmachung ist auch im Bundesanzeiger Nr. 173 vom 17. September 1974 veröffentlicht worden.

Der Bundesminister für Verkehr
Im Auftrag
Dr. Heldmann

Richtlinie

für die Erteilung der Gemeinschaftsgenehmigungen, die nach der Verordnung (EWG) Nr. 2829/72 des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 28. Dezember 1972 über das Gemeinschaftskontingent für den Güterkraftverkehr zwischen den Mitgliedstaaten (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 298, S. 16) der Bundesrepublik Deutschland zugewiesen sind

1. Grundlage für die Erteilung der Gemeinschaftsgenehmigungen ist die Verordnung (EWG) Nr. 2829/72 vom 28. Dezember 1972 sowie die Verordnung des Bundesministers für Verkehr nach § 103 Abs. 3 GüKG über den grenzüberschreitenden Güterkraftverkehr im Rahmen der Verordnung (EWG) Nr. 1018/68 in der Fassung vom 6. Dezember 1972 (Bundesgesetzbl. I S. 2263).

2. Die Gemeinschaftsgenehmigungen für das Jahr 1975 werden grundsätzlich nach dem nachstehend unter den Nummern 3 bis 8 festgelegten Verfahren auf Grund der bisherigen Betätigung des Antragstellers im grenzüberschreitenden gewerblichen Güterkraftverkehr mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften (EG) unter besonderer Berücksichtigung der jeweiligen multilateralen Ausnutzung der Gemeinschaftsgenehmigung in den Monaten Januar bis September 1974 erteilt (Bewertungszeitraum).

3. Für den Antrag auf Erteilung einer Gemeinschaftsgenehmigung für das Jahr 1975 ist ein Vordruck nach

Muster der Anlage zu verwenden. Der Genehmigungsantrag ist in dreifacher Ausfertigung der Außenstelle der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr, in deren Bezirk der Unternehmer den Sitz (Hauptniederlassung) seines Unternehmens hat, bis zum 15. Oktober 1974 einzureichen.

4. Die der Bundesrepublik Deutschland zugewiesenen Gemeinschaftsgenehmigungen sind solchen Unternehmern zu erteilen, die Inhaber einer Genehmigung für den Güter- oder Möbelfernverkehr sind und bei denen die Voraussetzungen dafür vorliegen, daß eine möglichst hohe Ausnutzung der Gemeinschaftsgenehmigung erreicht wird.

5. Gemeinschaftsgenehmigungen werden nicht erteilt an Antragsteller,

5.1 die in der Zeit vom 1. Januar 1974 bis 30. September 1974 weniger als 35 Beförderungen im grenzüberschreitenden gewerblichen Güterkraftverkehr mit den Mitgliedstaaten der EG durchgeführt haben oder

5.2 bei denen innerhalb des gleichen Zeitraums die Anzahl der Beförderungen im grenzüberschreitenden Güterkraftverkehr mit einem Mitgliedstaat der EG mehr beträgt als 90 % der Beförderungen im grenzüberschreitenden Güterkraftverkehr mit sämtlichen EG-Mitgliedstaaten; das gilt nicht, wenn die Zahl der Beförderungen im grenzüberschreitenden Güterkraftverkehr mit den anderen Mitgliedstaaten der EG größer ist als 34 oder

5.3 die innerhalb des gleichen Zeitraums im grenzüberschreitenden Möbelverkehr mit den EG-Mitgliedstaaten weniger als 50 % Neumöbel beförderten.

6. Für die Zuteilung der Genehmigungen werden die in Frage kommenden Anträge mit einer Zahl bewertet (Bewertungszahl), die wie folgt gebildet wird:

6.1 Durch die größte Zahl der in dem Antrag unter den Nummern 6.1 und 6.2 einzelnen angegebenen Tonnenkilometer (Spalten 3) wird die Summe der übrigen Tonnenkilometer dividiert. Das Ergebnis gibt die Streuung der Beförderungen mit den verschiedenen Mitgliedstaaten wieder (Streuungsquotient); dabei wird ein Streuungsquotient unter 0,5 auf 0,5 und ein solcher über 2,0 auf 2,0 gerundet.

6.2 Der nach Nummer 6.1 gebildete Streuungsquotient wird multipliziert mit der unter Nummer 6.3 des Antrages ausgeworfenen Zahl. Diese Zahl wird gebildet durch Addition der Summe der Tonnenkilometer in Nummer 6.1 und der Summe der mit 8 multiplizierten Tonnenkilometer in Nummer 6.2 des Antrages.

Das Produkt aus Streuungsquotient und Zahl unter Nummer 6.3 des Antrages ist die Bewertungszahl.

7. Die Gemeinschaftsgenehmigungen werden grundsätzlich in der Reihenfolge der Größe der Bewertungszahlen nach Nummer 6 unter Anwendung des d'Hondtschen Auszählverfahrens erteilt. Ein Antragsteller darf nicht mehr als 3 Gemeinschaftsgenehmigungen erhalten. Mindestens eine Genehmigung erhält ein Antragsteller mit dem Hauptsitz im Land Berlin.

8. Inhaber von Gemeinschaftsgenehmigungen, die je Gemeinschaftsgenehmigung im Monatsdurchschnitt des Bewertungszeitraums weniger als vier Beförderungen durchgeführt haben, erhalten, unabhängig von der Größe der Bewertungszahl, keine Genehmigung. Besaß der Inhaber einer Gemeinschaftsgenehmigung diese nicht an allen Tagen eines Monats im Bewertungszeitraum, wird dieser Monat bei der Berechnung des Monatsdurchschnitts nicht mitgezählt, wenn dies für den Antragsteller günstiger ist; in Fällen, in denen die Gemeinschaftsgenehmigung in Verlust geraten war, gilt die Regelung nicht.

9. Der Bundesminister für Verkehr übersendet den obersten Verkehrsbehörden der Länder eine Liste mit den Namen und Anschriften der Antragsteller, denen Gemeinschaftsgenehmigungen erteilt wurden. In der Liste ist auch anzugeben, wieviele Gemeinschaftsgenehmigungen jeder dieser Antragsteller erhalten hat.

10. Die Bundesanstalt für den Güterfernverkehr übersendet den nach § 14 Abs. 1 GüKG zuständigen Genehmigungsbehörden eine Ausfertigung der Genehmigungsanträge.

Anlage

Antrag

auf Erteilung von Gemeinschaftsgenehmigungen für das Jahr 1975

(in dreifacher Ausfertigung einzureichen)

1. a) Name/Firma des Antragstellers
(genaue Bezeichnung des Unternehmers):

b) Anschrift des Unternehmers:

2. Wurden Ihnen für das Jahr 1974 Gemeinschaftsgenehmigungen erteilt?

Ggf. Genehmigungs-Nr.
angeben und Monate, in
denen Sie **nicht** Inhaber
der Gemeinschaftsgeneh-
migung gewesen sind:

3. Wieviele Gemeinschaftsgenehmigungen werden für das Jahr 1975 beantragt?

4. In welcher Weise soll die Genehmigung ausgenutzt werden?

Warum genügen nicht bilaterale Genehmigungen?

5. Besondere Bemerkungen und kurze, zusammenfassende Begründung des Antrages:

(Antragsteller, die im grenzüberschreitenden Güterkraftverkehr **überwiegend** sperrige oder voluminöse Güter befördert und dadurch die Nutzlast der eingesetzten Fahrzeuge nicht voll ausgenutzt haben, können dies auf einem besonderen Blatt erläutern.)

6. In der Zeit vom 1. Januar 1974 bis 30. September 1974 habe(n) ich (wir) selbst als Unternehmer (Frachtführer) folgende Beförderungen durchgeführt (mit Ausnahme der unter Nummer 7 genannten Beförderungen):

6.1 Beförderungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und folgenden anderen Staaten

Staaten		Geleistete Tonnen- kilo- meter**)*)	Anzahl der Beförderungen (belad. Ein- oder Ausf.)	
			Insges.	davon mit Gem.Gen.
1	2	3	4	5
Belgien				
Dänemark				
Frankreich				
Groß- britannien				
Irland				
Italien				
Luxemburg				
Niederlande				
Sa	A			

6.2 Beförderungen zwischen zwei der in Spalte 1 zu Nummer 6.1 genannten Staaten

Ver-sand-staaten	Empfangs-staaten	Geleistete Tonnen-kilo-meter***)	Anzahl der Beförderungen (belad. Ein- oder Ausf.) insges.	davon mit Gem.Gen.
1	2	3	4	5
Sa				

× 8

B

6.3 Summe von A und B

7. Nicht anzugeben sind folgende Beförderungen:

- 7.1 Die Beförderung in einem Grenzgebiet mit einer Tiefe von je 25 Kilometern in der Luftlinie beiderseits der Grenze, wenn die Gesamtentfernung der Beförderung nicht mehr als 50 Kilometer in der Luftlinie beträgt
- 7.2 Die gelegentliche Beförderung von Gütern nach und von Flughäfen bei Umleitung der Flugdienste
- 7.3 Die Beförderung von Gepäck in Anhängern an Kraftfahrzeugen, mit denen bestimmungsgemäß Reisende befördert werden, und die Beförderung von Gepäck mit Fahrzeugen jeglicher Art nach und von Flughäfen
- 7.4 Die Beförderung von Postsendungen
- 7.5 Die Beförderung von beschädigten Fahrzeugen
- 7.6 Die Beförderung von Müll und Fäkalien
- 7.7 Die Beförderung von Tierkörpern zur Tierkörperbeseitigung
- 7.8 Die Beförderung von Bienen und Fischbrut
- 7.9 Die Überführung von Leichen
- 7.10 Die Beförderung aus einem Mitgliedstaat in eine Grenzzone eines angrenzenden Mitgliedstaats, deren Tiefe von der gemeinsamen Grenze dieser Staaten aus 25 Kilometer in der Luftlinie beträgt
- 7.11 Die Beförderung von Gütern mit Kraftfahrzeugen, deren Gewicht mit Ladung (einschließlich der Anhänger) nicht mehr als 6000 Kilogramm beträgt
- 7.12 Die Beförderung von Kunstgegenständen und Kunstwerken für Ausstellungen oder für gewerbliche Zwecke
- 7.13 Die gelegentliche Beförderung von Gütern ausschließlich zur Werbung oder Unterrichtung
- 7.14 Die Beförderung von Umzugsgut durch Unternehmen, die über entsprechende Fachkräfte und Ausrüstung verfügen
- 7.15 Die Beförderung von Geräten, Zubehör und Tieren zu oder von Theater-, Musik-, Sport- und Zirkusveranstaltungen, Schaustellungen oder Jahrmärkten sowie zu oder von Rundfunk-, Film- oder Fensehaufnahmen
- 7.16 Im Verkehr mit Dänemark zusätzlich:
Die Beförderung von Kies, Sand und Steinen für Straßenbauzwecke.

*) Umrechnungsschlüssel bei Neumöbelbeförderungen: 1 Kubikmeter = 0,3 t

**) Zur Ermittlung der Tonnenkilometer ist für jede Beförderung die kilometrische Entfernung vom Beladeort bis zum Entladeort mit dem tatsächlichen Gewicht der Ladung zu multiplizieren. Erst aus den so ermittelten Einzelwerten ist die Summe zu bilden.

8. Ich versichere die Richtigkeit der in diesem Antrag gemachten Angaben und erkläre mich bereit, meine Unterlagen für die Ermittlung der Tonnenkilometer und Beförderungszahlen sowie meine Unterlagen mit der Aufrechnung dieser Angaben für jeden Staat (Nr. 6.1 und 6.2, Spalten 3, 4 und 5 des Antrages) bis zum Ablauf des nächsten Kalenderjahres aufzubewahren und auf Anforderung der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr dieser zur Nachprüfung zur Verfügung zu stellen.

Ich bin mir bewußt, daß unrichtige Angaben und Verstöße gegen die Aufbewahrungspflicht der zur Nachprüfung bereitzuhaltenden Unterlagen die Zuverlässigkeit nach §§ 10, 81 GüKG in Frage stellen.

(Ort, Datum)

(Unterschrift u. Firmenstempel des Antragstellers)

(VkB1 1974 S. 593)

Nr. 354 Bekanntmachung zur Verordnung TSF Nr. 7/74

Bonn, den 4. September 1974
StV 3/28.18.11—90

Durch die Verordnung TSF Nr. 7/74 über Tarife für den Güterfernverkehr mit Kraftfahrzeugen vom 2. September 1974 (Bundesanzeiger Nr. 163 vom 3. September 1974) ist der Reichskraftwagentarif gemäß Nachtrag 7/74 geändert worden.

Der Nachtrag ist vom Bundesverband des Deutschen Güterfernverkehrs (BDF) e. V., Frankfurt a. M. 93, Breitenbachstraße 1, zu beziehen.

Inhalt der Änderung:

1. Erweiterung der Tarifstellen „Metalle und Metallabfälle“ und „Gips und Gipswaren“ in der Gütereinteilung.
2. Einführung des Ausnahmetarifs 310 (Zement).
3. Änderung der Ausnahmetarife
 - 061 (Apfelsinen usw.)
 - 511 (Aluminium usw.)
 - 560 (Eisen und Stahl)
 - 762 (Papier, Pappe usw.)
 - 860 (Eisen- und Stahlwaren, NE-Metallwaren usw.)

Der Bundesminister für Verkehr

Im Auftrag

(VkB1 1974 S. 595)

Dr. Heldmann

Nr. 355 Erteilung der CEMT-Genehmigungen für das Jahr 1975

Bonn, den 4. September 1974
StV 3/23.74.54—2

Am 27. Juli 1974 ist die Verordnung über den grenzüberschreitenden Güterkraftverkehr mit CEMT-Genehmigungen vom 17. Juli 1974 (BGBl I S. 1521) in Kraft getreten. Die auf Grund der Richtlinie für die Erteilung der CEMT-Genehmigungen (BAZ Nr. 229 vom 7. 12. 1973) ermittelten Genehmigungsinhaber sind seit dem Tag des Inkrafttretens der vorgenannten Verordnung im Besitz der Genehmigungen. Die Genehmigungen gelten laut Verordnung jeweils für ein Kalenderjahr, stehen dem Inhaber in diesem Jahr aber nur fünf Monate lang zur Verfügung. In Anbetracht dieses kurzen Verwendungszeitraums sehe ich davon ab, die Erteilung der 54 CEMT-Genehmigungen für 1975 auf Grund eines erneuten Antrags- und Bewertungsverfahrens vorzunehmen. Den Genehmigungsinhabern des Jahres 1974 werden daher auch für das Jahr 1975 CEMT-Genehmigungen erteilt, ggf. mit den gleichen Einschränkungen bezüglich der Gültigkeit in Österreich, Spanien und der Türkei. Sie erhalten die CEMT-Genehmigung und den Genehmigungsbescheid für 1975 zu gegebener Zeit, ohne einen Antrag stellen zu müssen.

Diese Bekanntmachung ist auch im Bundesanzeiger Nr. 171 vom 13. September 1974 veröffentlicht worden.

Der Bundesminister für Verkehr

Im Auftrag

(VkB1 1974 S. 595)

Dr. Heldmann

Nr. 356 Bekanntmachung über Sonderabmachungen nach Artikel 5 der Verordnung (EWG) Nr. 1174/68

Köln, den 10. September 1974
I A — 091 —

Auf Grund des Artikels 4 der Verordnung (EWG) Nr. 358/69 werden hiermit die durch Aushang bekanntgemachten Sonderabmachungen mit Ver- oder Entladeorten in der Bundesrepublik Deutschland veröffentlicht:

Lfd. Nr.	Verkehrsverbindungen	Güterart	Gewicht	vereinbarte Beförderungsentgelte je 100 kg	Dauer der Abmachung	wichtigste Sonderbedingungen
Verladeort Bundesrepublik Deutschland August 1974						
1344	Völklingen — Bierset-Awans/Belgien und weitere Verkehrsverbindungen	Stab- und Formstahl, kalt hergestellt oder geschmiedet	mindestens 500 t jeweils in 3 Monaten einschl. aus Belgien zu befördernder Güter	zwischen 26,5 bfrs und 44,0 bfrs je nach Verkehrsverbindung	1. November 1973 bis auf weiteres	—
1345	Dülken — Angleur/Belgien und weitere Verkehrsverbindungen	Abfälle und Schrott von NE-Metallen, a. n. g.; Aluminium und Aluminiumlegierungen, roh; Zink und Zinklegierungen, roh; Halbfertigerzeugnisse aus NE-Metallen; Chemische Stoffe und Erzeugnisse, a. n. g.; Stahlbleche, a. n. g.; Kupfer und Kupferlegierungen, roh; Blei und Bleilegierungen, roh; Stab- und Formstahl, warm gewalzt, kalt hergestellt oder geschmiedet	mindestens 500 t jeweils in 3 Monaten einschl. aus Belgien zu befördernder Güter	zwischen 0,90 DM und 2,10 DM je nach Verkehrsverbindung	4. Juli 1974 bis auf weiteres	Grenzübergang: Kaldenkirchen (DNL 8); Gewicht je Beförderung 20—25 t
1346	Köln, Wesseling — Antwerpen/Belgien	Kunststoff-Rohstoffe	mindestens 500 t jeweils in 3 Monaten	2,07 DM	1. Juni 1974 bis auf weiteres	Gewicht je Beförderung mindestens 20 t
1347	Köln — Antwerpen — Genk/beide Belgien	Fahrzeuge	mindestens 500 t jeweils in 3 Monaten	2,70 DM 1,90 DM	1. Juli 1974 bis auf weiteres	unter diese Sonderabmachungen fallen nur Transporte von jeweils 7 oder 8 Fahrzeugen
1348	Köln — Antwerpen/Belgien	Fahrzeuge	mindestens 500 t jeweils in 3 Monaten	2,70 DM	1. Juli 1974 bis auf weiteres	unter diese Sonderabmachungen fallen nur Transporte von 7 oder 8 Fahrzeugen
1349	Köln — Genk/Belgien	Fahrzeuge	mindestens 500 t jeweils in 3 Monaten	1,90 DM	1. Juli 1974 bis auf weiteres	unter diese Sonderabmachungen fallen nur Transporte von 7 oder 8 Fahrzeugen

Lfd. Nr.	Verkehrsverbindungen	Güterart	Gewicht	vereinbarte Beförderungsentgelte je 100 kg	Dauer der Abmachung	wichtigste Sonderbedingungen
1350	Duisburg, Essen — Couillet, Montignies/Belgien	Metallwaren, a. n. g.	mindestens 500 t jeweils in 3 Monaten	bei einem Gewicht von 12 bis 25 t: zwischen 50,8 bfrs und 26,8 bfrs	15. Juni 1974 bis 31. Dezember 1974	—
1351	Geisweid — Anvers/Belgien und weitere Verkehrs- verbindungen	Gewalztes Stahlhalbzeug in Blöcken, Brammen, Knüppeln und Platinen; und weitere Güterarten der Güterklassen I bis III	mindestens 500 t jeweils in 3 Monaten einschl. aus Belgien zu befördernder Güter	zwischen 27,0 bfrs und 55,0 bfrs je nach Verkehrsverbindung	1. Januar 1974 bis auf weiteres	—
1352	Duisburg — Anvers/Belgien und weitere Verkehrs- verbindungen	Gewalztes Stahlhalbzeug in Blöcken, Brammen, Knüppeln und Platinen; und weitere Güter der Güterklassen I bis III	mindestens 500 t jeweils in 3 Monaten einschl. aus Belgien zu befördernder Güter	zwischen 25,0 bfrs und 50,0 bfrs je nach Verkehrsverbindung	1. Januar 1974 bis auf weiteres	—
1353	Mettlach, Merzig — Annecy, Avallon, Belfort und weitere Entladeorte in Frankreich mit jeweils unterschiedlichen Beförde- rungsentgelten (Einzelheiten zu erfragen bei der Bundes- anstalt für den Güter- fernverkehr)	Fliesen, Platten oder sonsti- ge Bauteile aus Steinzeug, Waren aus Steinzeug, Steingut, Porzellan, Fayen- cwaren, feinkeramische Waren, sonstige minerali- sche Erzeugnisse	mindestens 500 t jeweils in 3 Monaten	—	17. Juni 1974 bis auf weiteres	—
1354	Homburg, Merzig, Mettlach — Aix-les-Bains, Angoulême, Annecy und weiteren französischen Entladeorten mit jeweils unterschiedlichen Entgelten (Einzelheiten zu erfragen bei der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr)	Fliesen, Platten oder sonsti- ge Bauteile aus Steinzeug, Waren aus Steinzeug, Steingut, Porzellan, Fayen- cwaren, feinkeramische Waren, sonstige minerali- sche Erzeugnisse	mindestens 500 t einschl. aus Frankreich zu befördernder Güter	—	1. August 1974 bis 31. Oktober 1974	—
1355	Groß-Umstadt — Lure/Frankreich	Furniere, Sperrholz, Holz- spanplatten, Holzfaser- hartplatten	mindestens 500 t einschl. aus Frankreich zu befördernder Güter	5,20 FF	1. August 1974 bis 31. Oktober 1974	—
1356	Angaben wie laufende Nr. 1008; zusätzlich ab 13. Mai 1974: Ludwigshafen — Graulhet, Bayonne/Frankreich	Chemische Stoffe und Erzeugnisse, a. n. g.	—	6,89 DM	—	Vereinbarter Grenz- übergang: Wissembourg (DF 6); Teil I Artikel 11 DFST gilt entsprechend

Lfd. Nr.	Verkehrsverbindungen	Güterart	Gewicht	vereinbarte Beförderungsentgelte je 100 kg	Dauer der Abmachung	wichtigste Sonderbedingungen
1357	Blaustein b. Ulm — Arnheim — Huizen/ beide Niederlande	Kalk	mindestens 500 t jeweils in 3 Monaten einschl. aus den Nieder- landen zu befördernder Güter	3,80 DM 4,00 DM	1. März 1974 bis auf weiteres	—
1358	Grevenbroich — Den Haag/ Niederlande und weitere Verkehrs- verbindungen	Halbfertigerzeugnisse aus NE-Metallen; Packmittel, leer, gebraucht	mindestens 500 t jeweils in 3 Monaten einschl. aus den Nieder- landen zu befördernder Güter	zwischen 1,60 DM und 2,60 DM je nach Verkehrsverbindung	1. Januar 1974 bis 31. Dezember 1974	Gewicht je Beförderung 20—25 t; Teil I, Artikel 9 Absatz 2 DNST gilt entsprechend
1359	Wülfrath — Delft — s'Hertogenbosch — Maarssen — Rotterdam/ alle Niederlande	Rohmineralien, a. n. g.; Kalk	mindestens 500 t jeweils in 3 Monaten	2,00 DM 1,45 DM 1,50 DM 1,85 DM	1. Juni 1974 bis 31. Mai 1975	Gewicht je Beförderung 20—23 t
1360	Remblinghausen/Sauerl. — Roermond/Niederlande	zerkleinerte Steine	mindestens 500 t jeweils in 3 Monaten	1,95 DM	24. Mai 1974 bis 13. November 1974	—
1361	Hildesheim — Amsterdam/ Niederlande	Maschinen, Apparate, Motoren, elektrische	mindestens 500 t jeweils in 3 Monaten	3,61 DM	1. Mai 1974 bis auf weiteres	Gewicht je Beförderung ca. 18 t Entgelt je Beförderung für 18 t
1362	Angaben wie laufende Nr. 884; zusätzlich ab 2. Jan. 1974: Krefeld — Rotterdam/ Niederlande	Maschinen, elektrische und nicht elektrische; und weitere Güterarten der Güterklasse II		2,00 DM	—	—
1363	Angaben wie laufende Nr. 1339; zusätzlich ab 1. Juli 1974: Düsseldorf — Gennep — Alphen a. d. Rijn, Bussum, Diemen, Hendrik- Ido-Ambacht/alle Nieder- lande	Papier, Pappe, unbearbeitet		1,60 DM 2,30 DM	—	Entladeort Baarn entfällt

Bundesanstalt für den Güterfernverkehr
Dr. Münz

(VkB1 1974 S. 596)

Binnenschifffahrt**Nr. 357 Schifffahrtspolizeiliche Verordnung über die Tauchtiefenverringerung in der Mündungsstrecke der Ruhr *)**

Auf Grund des § 3 Abs. 1 des Gesetzes über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt vom 15. Februar 1956 (Bundesgesetzbl. II S. 317), zuletzt geändert durch das Bundes-Immissionsschutzgesetz vom 15. März 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 721, 1193) in Verbindung mit Artikel 2 der Verordnung zur Einführung der Binnenschifffahrtstraßen-Ordnung vom 3. März 1971 (Bundesgesetzbl. I S. 178), zuletzt geändert durch Verordnung vom 13. Dezember 1972 (Bundesgesetzbl. I S. 2445) und § 1.22 Nr. 1 der Binnenschifffahrtstraßen-Ordnung (BinSchStrO) vom 3. März 1971 (Bundesgesetzbl. I S. 178 — Anlageband —), zuletzt geändert durch Verordnung vom 12. Dezember 1973 (Bundesgesetzbl. I S. 1915), wird verordnet:

§ 1

Abweichend von § 15.02 — WK — Nr. 1 Satz 3 der BinSchStrO verringert sich die zulässige Tauchtiefe in der Mündungsstrecke der Ruhr bereits dann um das Maß des jeweiligen Absinkens des Wasserstandes, wenn am Rheinpegel in Duisburg-Ruhrort der Wasserstand unter die Marke 250 sinkt.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Oktober 1974 in Kraft und gilt bis zum Ablauf des 30. September 1977.

Münster, den 2. September 1974

B 1475/74 B1

Wasser- und Schifffahrtsdirektion
Münster
Böke

(VkB1 1974 S. 599)

Nr. 358 Schifffahrtspolizeiliche Verordnung zur vorübergehenden Änderung der Untersuchungsordnung für Rheinschiffe und -flöße (Artikel 40, 41 und 43: vom Steuerstand aus bedienbare Antriebsanlagen **)

Auf Grund des § 3 Abs. 1 des Gesetzes über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt vom 15. Februar 1956 (Bundesgesetzbl. II S. 317), zuletzt geändert durch das Bundes-Immissionsschutzgesetz vom 15. März 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 721, 1193), in Verbindung mit Artikel 1 a der Untersuchungsordnung für Rheinschiffe und -flöße — Anlage 1 der Verordnung über die Untersuchung der Rheinschiffe und -flöße vom 30. April 1950 (Bundesgesetzbl. S. 371), zuletzt geändert durch Verordnung vom 26. Juni 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 1349), wird verordnet:

§ 1

In Artikel 40 Abs. 1 der Untersuchungsordnung für Rheinschiffe und -flöße ist der Text von Buchstabe d, in Artikel 41 Abs. 1 der Text von Buchstabe a und in Artikel 43 Abs. 1 der Text von Buchstabe d durch folgenden zu ersetzen:

„die Antriebsanlagen sind so eingerichtet, daß die Veränderung der Fahrgeschwindigkeit und die Umkehrung der Propeller-Schubrichtung sowie bei Schiffen mit direkt-umsteuerbaren Antriebsmotoren das Anlassen und Abstellen der Antriebsmotoren vom Steuerstand aus erfolgen kann.“

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Oktober 1974 in Kraft und mit Ablauf des 30. September 1976 außer Kraft.

Duisburg, den 10. September 1974

Wasser- und Schifffahrtsdirektion
Duisburg
In Vertretung
Meinhard

*) Wiederholung ohne Änderungen

**) Erstmals erlassen

Mainz, den 10. September 1974

Wasser- und Schifffahrtsdirektion
Mainz
Amesmeier

Freiburg, den 10. September 1974

Wasser- und Schifffahrtsdirektion
Freiburg
Dr.-Ing. Graewe

ZKR 1974 - I - 27

(VkB1 1974 S. 599)

Nr. 359 Schifffahrtspolizeiliche Verordnung über die Verminderung des Ankergewichts bei neuartigen Ankern *)

Auf Grund des § 3 Abs. 1 des Gesetzes über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt vom 15. Februar 1956 (Bundesgesetzbl. II S. 317), zuletzt geändert durch das Bundes-Immissionsschutzgesetz vom 15. März 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 721, 1193), in Verbindung mit Artikel 1a der Untersuchungsordnung für Rheinschiffe und -flöße — Anlage 1 der Verordnung über die Untersuchung der Rheinschiffe und -flöße vom 30. April 1950 (Bundesgesetzbl. S. 371), zuletzt geändert durch Verordnung vom 26. Juni 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 1349), wird abweichend von den Bestimmungen der Anlage E zur RheinSchUO verordnet:

§ 1

(1) Bei den nachstehend näher bezeichneten Ankertypen ist eine Verminderung des nach der Anlage E der obengenannten Verordnung vorgeschriebenen Ankergewichts um die aus nachfolgender Tabelle ersichtlichen Vom-Hundert-Sätze zugelassen:

Ankertyp	Zugelassene Verminderung des nach Anlage E RheinSchUO vorgeschriebenen Ankergewichts
D'Hone Anker	40 %
Heuss Normal	15 %
Heuss Spezial	30 %
Heuss Kombiniertes Klipp-Stock-Anker	55 %
Pool Anker	40 %
Ha-Du-Anker	40 %
Hansa Anker	40 %
Danforth Anker	50 %

(2) Bei anderen neuartigen Ankertypen ist eine Gewichtsverminderung unter der Voraussetzung zulässig, daß ihr Umfang durch gemeinsamen Beschluß der Rheinuferstaaten und Belgiens festgesetzt worden ist.

(3) Das Gewicht der Ankerketten ist ohne Berücksichtigung der Verminderung des Ankergewichts nach Anlage E zur RheinSchUO zu errechnen.

(4) Die Schiffsuntersuchungskommissionen tragen im Schiffsattest ein, daß die Verminderung der Gewichte der in Absatz 1 und 2 genannten neuartigen Ankertypen nur für eine beschränkte Zeit und unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs zugelassen ist.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Oktober 1974 in Kraft und gilt bis zum Ablauf des 30. September 1976.

Duisburg, den 10. September 1974

Wasser- und Schifffahrtsdirektion
Duisburg
In Vertretung
Meinhard

Mainz, den 10. September 1974

Wasser- und Schifffahrtsdirektion
Mainz
Amesmeier

Freiburg, den 10. September 1974

Wasser- und Schifffahrtsdirektion
Freiburg
Dr.-Ing. Graewe

ZKR 1974 - I - 25

(VkB1 1974 S. 599)

*) Wiederholung ohne Änderung

Nr. 360 Schifffahrtspolizeiliche Verordnung für die Rheinschifffahrt über die Änderung von Bezugnahmen *)

Auf Grund des § 3 Abs. 1 des Gesetzes über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt vom 15. Februar 1956 (Bundesgesetzbl. II S. 317), zuletzt geändert durch das Bundes-Immissionsschutzgesetz vom 15. März 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 721, 1193), in Verbindung mit Artikel 1 a der Untersuchungsordnung für Rheinschiffe und -flöße — Anlage 1 der Verordnung über die Untersuchung der Rheinschiffe und -flöße vom 30. April 1950 (Bundesgesetzbl. S. 371), zuletzt geändert durch Verordnung vom 26. Juni 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 1349), wird verordnet:

§ 1

In der Verordnung über die Untersuchung der Rheinschiffe und -flöße werden
in Artikel 1 der Satzteil „§ 10 Nr. 2 der Rheinschifffahrtspolizeiverordnung vom 24. Dezember 1954“ durch „§ 1.08 Nr. 3 der Rheinschifffahrtspolizeiverordnung vom 5. August 1970“,
in Artikel 14 Nr. 3 der Satzteil „§§ 10 und 104“ durch „§ 1.08 und 1.19“,
in Artikel 36 Nr. 1 der Satzteil „§ 17“ durch „§ 1.08“ und
in Artikel 36 Nr. 4 der Satzteil „§ 3“ durch „§ 1.03“ ersetzt.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Oktober 1974 in Kraft und gilt bis zum Ablauf des 30. September 1976.

Duisburg, den 10. September 1974

Wasser- und Schifffahrtsdirektion
Duisburg
In Vertretung
Meinhard

Mainz, den 10. September 1974

Wasser- und Schifffahrtsdirektion
Mainz
Amesmeier

Freiburg, den 10. September 1974

Wasser- und Schifffahrtsdirektion
Freiburg
Dr.-Ing. Graewe

ZKR 1974 - I - 26

(VkB1 1974 S. 600)

Nr. 361 Schifffahrtspolizeiliche Verordnung zur vorübergehenden Änderung der Vorschriften über die Sicherung beim Ankern und Festmachen **)

Auf Grund des § 3 Abs. 1 des Gesetzes über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt vom 15. Februar 1956 (Bundesgesetzbl. II S. 317), zuletzt geändert durch das Bundes-Immissionsschutzgesetz vom 15. März 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 721, 1193), in Verbindung mit Artikel 2 der Verordnung zur Einführung der Rheinschifffahrtspolizeiverordnung vom 5. August 1970 (Bundesgesetzbl. I S. 1305), zuletzt geändert durch Verordnung vom 2. Januar 1973 (Bundesgesetzbl. I S. 11), und § 1.22 Nr. 3 der Rheinschifffahrtspolizeiverordnung vom 5. August 1970 (Bundesgesetzbl. I S. 1305 — Anlageband —), zuletzt geändert durch Verordnung vom 2. Januar 1973 (Bundesgesetzbl. I S. 11), wird verordnet:

§ 1

Der § 7.02 der Rheinschifffahrtspolizeiverordnung erhält folgende Fassung:

Stillliegende Fahrzeuge, Fahrzeugzusammenstellungen und Schwimmkörper sowie schwimmende Anlagen müssen so verankert oder festgemacht sein, daß sie ihre

*) Wiederholung ohne Änderung

**) Erstmals erlassen

Lage nicht in einer Weise verändern können, die andere Fahrzeuge gefährdet oder behindert. Hierbei sind insbesondere Wind und Wasserstandsschwankungen sowie Sog und Wellenschlag zu berücksichtigen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Oktober 1974 in Kraft und mit Ablauf des 30. September 1977 außer Kraft.

Duisburg, den 10. September 1974

Wasser- und Schifffahrtsdirektion
Duisburg
In Vertretung
Meinhard

Mainz, den 10. September 1974

Wasser- und Schifffahrtsdirektion
Mainz
Amesmeier

Freiburg, den 10. September 1974

Wasser- und Schifffahrtsdirektion
Freiburg
Dr.-Ing. Graewe

ZKR 1974 - I - 22

(VkB1 1974 S. 600)

Nr. 362 Schifffahrtspolizeiliche Verordnung über die zusätzliche Bezeichnung der Fahrzeuge bei der Beförderung bestimmter gefährlicher Güter *)

Auf Grund des § 3 Abs. 1 des Gesetzes über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt vom 15. Februar 1956 (Bundesgesetzbl. II S. 317), zuletzt geändert durch das Bundes-Immissionsschutzgesetz vom 15. März 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 721, 1193), in Verbindung mit Artikel 2 der Verordnung zur Einführung der Rheinschifffahrtspolizeiverordnung vom 5. August 1970 (Bundesgesetzbl. I S. 1305), zuletzt geändert durch Verordnung vom 2. Januar 1973 (Bundesgesetzbl. I S. 11), und § 1.22 Nr. 3 der Rheinschifffahrtspolizeiverordnung vom 5. August 1970 (Bundesgesetzbl. I S. 1305 — Anlageband —), zuletzt geändert durch Verordnung vom 2. Januar 1973 (Bundesgesetzbl. I S. 11), wird verordnet:

Artikel 1

Die Anlagen 9, 10 und 11 der Rheinschifffahrtspolizeiverordnung gelten abweichend von dem in der Rheinschifffahrtspolizeiverordnung enthaltenen Wortlaut in folgender Fassung:

„Anlage 9

Beförderung feuergefährlicher Stoffe

Die Bestimmungen der §§ 3.14, 3.21, 3.32 und 3.37 sind bei der Beförderung der nachstehend genannten Stoffe des ADN anzuwenden, wenn folgendes Gewicht überschritten wird:

1. 5000 kg (je Klasse) bei:
 - a) feuergefährlichen Gasen (F) der Klasse I d, mit Ausnahme der Gase nach Anlage 11;
 - b) Stoffen der Kategorie K0 und K1 der Klasse IIIa;
2. 25 000 kg (je Klasse) bei:
 - a) Stoffen der Klasse Ie, mit Ausnahme der Stoffe der Ziffer 5;
 - b) Stoffen der Klasse II, mit Ausnahme der Stoffe der Ziffern 12 bis 15;
 - c) Stoffen der Kategorie K2 der Klasse IIIa;
 - d) Stoffen der Klasse IIIb, mit Ausnahme der Stoffe der Ziffern 1, 9, 10 und 11;
 - e) Stoffen der Klasse IIIc, mit Ausnahme der Stoffe der Ziffer 11.

*) Wiederholung ohne Änderung

Anlage 10

Beförderung von explosionsgefährlichen Stoffen

Die Bestimmungen der §§ 3.15, 3.22, 3.33 und 3.38 sind bei der Beförderung der nachstehend genannten Stoffe des ADNR anzuwenden, wenn das Gewicht der Stoffe 50 kg (je Klasse) überschreitet:

- a) Stoffe der Klasse Ia, mit Ausnahme der Stoffe der Ziffer 15;
- b) Stoffe der Klasse Ib;
- c) Stoffe der Klasse Ic, mit Ausnahme der Stoffe der Ziffer 1a;
- d) Stoffe der Klasse VII, mit Ausnahme der Stoffe der Ziffer 50.

Anlage 11

Beförderung von Ammoniak und anderen gleichgestellten Stoffen

Die Bestimmungen der §§ 3.15, 3.22, 3.33 und 3.38 sind bei der Beförderung der nachstehend genannten Stoffe des ADNR anzuwenden, wenn folgendes Gewicht überschritten wird:

1. 1000 kg (je Stoff) bei:
 - a) folgenden Stoffen der Klasse Id:
 - I. Borfluorid und Fluor der Ziffer 3;
 - II. die unter den Ziffern 5 und 8a genannten Stoffe;
 - III. Chlorwasserstoff der Ziffer 10;
 - IV. Ammoniak der Ziffer 14;
 - b) Stoffen der Klasse IVa der Ziffern 1, 2a, 2b, 3, 4a, 11, 12a, 12b, 12d, 13, 14, 31 und 81;
 - c) Stoffen der Klasse V der Ziffern 6a, 7, 9 und 14.
2. 5000 kg bei Stoffen der Kategorie Kx der Klasse IIIa."

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1975 in Kraft und mit Ablauf des 30. September 1977 außer Kraft.

Duisburg, den 10. September 1974

Wasser- und Schiffahrtsdirektion
Duisburg
In Vertretung
Meinhard

Mainz, den 10. September 1974

Wasser- und Schiffahrtsdirektion
Mainz
Amesmeier

Freiburg, den 10. September 1974

Wasser- und Schiffahrtsdirektion
Freiburg
Dr.-Ing. Graewe

ZKR 1974 - I - 20

(VkB1 1974 S. 600)

Nr. 363 Schiffahrtspolizeiliche Verordnung zur vorübergehenden Änderung der Vorschriften über die Beschränkung der Schifffahrt bei Hochwasser *)

Auf Grund des § 3 Abs. 1 des Gesetzes über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt vom 15. Februar 1956 (Bundesgesetzbl. II S. 317), zuletzt geändert durch das Bundes-Immissionsschutzgesetz vom 15. März 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 721, 1193), in Verbindung mit Artikel 2 der Verordnung zur Einführung der Rheinschiffahrtspolizeiverordnung vom 5. August 1970 (Bundesgesetzbl. I S. 1305), zuletzt geändert durch Verordnung vom 2. Januar 1973 (Bundesgesetzbl. I S. 11), und § 1.22 Nr. 3 der Rheinschiffahrtspolizeiverordnung vom 5. August 1970 (Bundesgesetzbl. I S. 1305 — Anlageband —), zuletzt geändert durch Verordnung vom 2. Januar 1973 (Bundesgesetzbl. I S. 11), wird verordnet:

*) Erstmals erlassen

§ 1

Der § 10.01 Nr. 3 der Rheinschiffahrtspolizeiverordnung wird wie folgt geändert:

Der Richtpegel Straßburg wird aufgehoben und durch den Richtpegel Plittersdorf mit den folgenden, für die Bestimmung der Hochwassermarken I und II maßgeblichen Wasserstände ersetzt:

Marke I: 5,35 m

Marke II: 6,45 m

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Oktober 1974 in Kraft und mit Ablauf des 30. September 1977 außer Kraft.

Duisburg, den 10. September 1974

Wasser- und Schiffahrtsdirektion
Duisburg
In Vertretung
Meinhard

Mainz, den 10. September 1974

Wasser- und Schiffahrtsdirektion
Mainz
Amesmeier

Freiburg, den 10. September 1974

Wasser- und Schiffahrtsdirektion
Freiburg
Dr.-Ing. Graewe

ZKR 1974 - I - 23

(VkB1 1974 S. 601)

Nr. 364 Schiffahrtspolizeiliche Verordnung für die Moselschifffahrt über Sprechverbindungen *)

Auf Grund des § 3 Abs. 1 des Gesetzes über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt vom 15. Februar 1956 (Bundesgesetzbl. II S. 317), zuletzt geändert durch das Bundes-Immissionsschutzgesetz vom 15. März 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 721, 1193), in Verbindung mit Artikel 2 der Verordnung zur Einführung der Moselschiffahrtspolizeiverordnung vom 8. Juni 1971 (Bundesgesetzbl. I S. 833), zuletzt geändert durch Verordnung vom 8. Februar 1973 (Bundesgesetzbl. I S. 84), und § 1.22 Nr. 3 der Moselschiffahrtspolizeiverordnung vom 8. Juni 1971 (Bundesgesetzbl. I S. 833 — Anlageband —), zuletzt geändert durch Verordnung vom 26. Juni 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 1347), wird verordnet:

Artikel 1

Die Moselschiffahrtspolizeiverordnung wird wie folgt geändert:

In § 6.30 Nr. 1 Satz 3 sowie in der Überschrift und im Text des § 8.07 wird jeweils das Wort „Gegensprechanlage“ durch das Wort „Sprechverbindung“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 1. Oktober 1974 in Kraft und mit Ablauf des 31. März 1977 außer Kraft.

Mainz, den 10. September 1974

MK/1974 - I - 4a

Wasser- und Schiffahrtsdirektion
Mainz
Amesmeier

(VkB1 1974 S. 601)

Nr. 365 Änderung der Dienstanweisung für die Schiffsuntersuchungskommissionen über die Kupplungen der schiebenden Motorgüterschiffe

Bonn, den 4. September 1974
B4/B5/66.31.01—04

Mein Erlaß über die Änderung der Dienstanweisung für die Schiffsuntersuchungskommissionen über die Kupplungen der schiebenden Motorgüterschiffe vom 4. September 1974 wird nachstehend bekanntgemacht.

Der Bundesminister für Verkehr
Im Auftrag
Dr. Beck

*) Erstmals erlassen

Auf Beschluß der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt erhält die Nr. 2 Buchstabe a) der Dienstabweisung für die Schiffsuntersuchungskommissionen über die Kupplungen der schiebenden Motorgüterschiffe (VkB1 1970 S. 664) folgende Fassung:

„2. Bemessung der Kupplungen

a) Kupplungen, die der Längsverbindung der Fahrzeuge dienen, müssen möglichst

- doppelt und unabhängig sein und
- gleichmäßig gespannt werden können.“

Die Änderung tritt am 1. Oktober 1974 in Kraft.

ZKR 1974 - I - 28

(VkB1 1974 S. 601)

Nr. 366 Ungültigkeitserklärung eines Schifferpatents

Aurich, den 15. August 1974
B — 86 — 4747/74 II — b1

Das von der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Aurich für den Schiffsführer Jan Harm Bos, geb. am 7. 3. 1948 in Delfzijl/Ndl., am 4. 2. 1972 für die Seeschiffahrtstraße Ems und die Westdeutschen Kanäle ausgestellte Schifferpatent der Klasse II Nr. 1178 ist in Verlust geraten und wird für ungültig erklärt.

Wasser- und Schifffahrtsdirektion
Aurich
In Vertretung
Braun

(VkB1 1974 S. 602)

Nr. 367 Ungültigkeitserklärung eines Schifferpatents

Das von der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Münster am 11. April 1974 für den Schiffer Gilbert Jean Mijster, geb. am 30. 12. 1949 in Lummen (Belgien), ausgestellte Schifferpatent Nr. 34/74 der Klassen I und II, gültig für die Westdeutschen Kanäle, ist in Verlust geraten und wird für ungültig erklärt.

Münster, den 19. August 1974
B 1410/74 B1

Wasser- und Schifffahrtsdirektion
Münster
Böke

(VkB1 1974 S. 602)

Nr. 368 Verlustanzeige für einen Schifffahrtabgabenbeleg

Mainz, den 3. September 1974
— V — Nr. 14 859/74 —

Folgende Abgabenerklärung zur Fahrt auf der Mosel ist als verloren gemeldet worden:

B—F Nr. 515—14 839 für MS „Mary Kaufer“, ausgestellt am 16. April 1974 von der Hebestelle Schleuse Thionville (Diedenhofen).

Wasser- und Schifffahrtsdirektion
Mainz
Amesmeier

(VkB1 1974 S. 602)

Luftfahrt

Nr. 369 Sonderlandeplatz Harle

Bonn, den 30. August 1974
L 4/62.12.35

Der Präsident des Niedersächsischen Verwaltungsbezirks Oldenburg hat die Genehmigung zur Anlegung und zum Betrieb des Sonderlandeplatzes Harle (VkB1 1972 S. 710) dahin geändert, daß nunmehr die geographische Lage des Bezugspunkts mit 53° 42' 31" Nord/07° 49' 20" Ost und die Länge der Start- und Landebahn mit 510 m festgelegt sind.

Der Bundesminister für Verkehr

Im Auftrag
Rannersmann

(VkB1 1974 S. 602)

Nr. 370 Verkehrslandeplatz Salzgitter-Drütte

Bonn, den 3. September 1974
L4/62.12.20

Der Präsident des Niedersächsischen Verwaltungsbezirks Braunschweig hat die dem Motorflug-Club Salzgitter e. V., 332 Salzgitter, erteilte Genehmigung zur Anlage und zum Betrieb des Verkehrslandeplatzes Salzgitter-Drütte geändert und gleichzeitig neu gefaßt. Gemäß § 52 Abs. 3 in Verbindung mit § 42 Abs. 4 LuftVZO werden die nachfolgenden Angaben der Genehmigung in der jetzt gültigen Fassung bekanntgemacht.

1. Bezeichnung: Verkehrslandeplatz Salzgitter-Drütte
2. Lage: im Stadtgebiet von Salzgitter, ca. 1 km östlich der Hüttenwerke

3. Bezugspunkt:
a) geographische Lage: 52° 09' 20" Nord
10° 25' 40" Ost

b) Höhe über NN: 98,5 m

4. Zugelassene Luftfahrzeuge:

- a) Flugzeuge bis zu 2000 kg und nach vorheriger Zustimmung durch den Platzhalter bis zu 4000 kg höchstzulässigem Fluggewicht (MPW)
- b) Hubaschrauber bis zu 6000 kg höchstzulässigem Fluggewicht (MPW)
- c) Motorsegler, die mit eigener Kraft starten
- d) Segelflugzeuge und Motorsegler, die nicht mit eigener Kraft starten, nach vorheriger Zustimmung durch den Platzhalter

5. Zweck: allgemeiner Verkehr

6. Start- und Landebahn:

a) Richtung: 119°/299° rechtweisend

b) Länge:
1. Ausbaustufe 645 m
2. Ausbaustufe 745 m

Der Bundesminister für Verkehr

Im Auftrag
Rannersmann

(VkB1 1974 S. 602)